



(c) Norbert Gäßner

# Update aus Berlin

Oktober 2024 (I)

## Zitat der Woche:

*“Unser Land gründet auf dem Versprechen: Nie wieder! Nie wieder Judenhass in Deutschland!”*

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas vor der Vereinbarten Debatte „7. Oktober: Ein Jahr nach dem terroristischen Überfall der Hamas auf Israel“

Schneller, günstiger, einfacher: Wir haben die Baugesetzbuch-Novelle in den Deutschen Bundestag eingebracht!



Wir machen das. Für Euch.

# Themen

1. Wir gedenken der Opfer des Überfalls der Hamas
2. AG Kommunalpolitik: Ausblick 2025
3. Wir wollen schneller und günstiger bauen
4. Zum CDU/CSU-Kongress Ländliche Räume
5. News der Woche: Krankenhausreform
6. Einblicke in die Sitzungswoche
7. Unterstützung für Frauen in Not
8. Wirtschaftskonferenz in Budapest

## Liebe Leserinnen und Leser,

der Rücktritt von Kevin Kühnert aus gesundheitlichen Gründen vom Amt des SPD-Generalsekretärs kam überraschend. Sein Talent und sein Engagement für die Sozialdemokratie werden uns fehlen. Wir wissen allerdings, dass Gesundheit das Allerwichtigste ist. Darum wünsche ich Kevin Kühnert von Herzen gute Besserung und bedanke mich für die sehr gute Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe Wohnen und in der Bundestagsfraktion. Wir alle erinnern uns sicher gerne an seine Besuche in Ahlen und Sendenhorst und wünschen Kevin viel Glück für die Zukunft.

Bezahlbar, beschleunigt, bedarfsgerecht – so wollen wir in Zukunft bauen. Dafür müssen wir das Baugesetzbuch umfassend reformieren. Und das tun wir mit dem “Gesetz zur Stärkung der integrierten Stadtentwicklung”, das wir in dieser Woche erstmals beraten. Mit der von Klara Geywitz vorgelegten Novelle schaffen wir die Grundlage für mehr bezahlbaren Wohnraum,

mehr Digitalisierung, schnellere Planungsverfahren und mehr Klimaschutz und -anpassung im Städtebau.

In den vergangenen Jahren ist der wirtschaftliche Druck auf Krankenhäuser stark gestiegen, obwohl die Mittel für den Gesundheitsfonds immer weiter gestiegen sind. Deshalb setzen wir gemeinsam mit den Ländern eine Krankenhausreform um und steigen aus dem System der Fallpauschalen aus. So wird verhindert, dass nur aus wirtschaftlichen Erwägungen immer mehr und mitunter komplizierte Eingriffe durchgeführt werden. Künftig sollen Kliniken das anbieten, was sie gut können, und erhalten dafür Vorhaltepauschalen. Dadurch verbessern wir die Qualität der Behandlungen. Insgesamt schaffen wir mit dieser Reform ein qualitativ hochwertiges, zuverlässiges und an den Patientinnen und Patienten orientiertes Gesundheitswesen und leisten einen Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland.

Viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße,

*Berndt Engel*

# Wir gedenken der Opfer des Überfalls der Hamas

**7.** Oktober. 2024: Ein Jahr ist es her, der terroristische Angriff der Hamas. Seit einem Jahr leben die Menschen in Israel in Terror, Zerstörung und Leid. Fast 1.200 Menschen wurden ermordet, über 5.000 wurden verletzt und 251 entführt.

Aus diesem Anlass haben Bärbel Bas am Montag im Paul-Löbe-Haus an die Opfer und das Schicksal der Geiseln erinnert. Bei der Gedenkveranstaltung haben Bärbel Bas und der israelische Botschafter, Ron Prosor, fünf Videostelen präsentiert, die an die Geiseln erinnern und haben dazu aufgerufen, sich in dieser Woche Zeit zu nehmen, um an diesen Stelen inne zu halten und an die verheerenden Schicksale zu erinnern.

Die Plenardebatte am Donnerstag startete mit Worten der Bundestagspräsidentin zum Jahrestag des terroristischen Überfalls der Hamas auf Israel. Bärbel Bas hat zu einer Schweigeminute aufgerufen und betont, dass die Sicherheit Israels eine historischer Verantwortung Deutschlands ist. Außerdem hat sie bekräftigt, dass die Situation in Israel, auch mit Bezug auf den nahezu täglichen Beschuss, enden muss, um das Leid der Menschen dort zu beenden und die Geiseln zu befreien.



In der anschließenden vereinbarten Debatte zum Thema „7. Oktober: Ein Jahr nach dem terroristischen Überfall der Hamas auf Israel“ haben die Abgeordneten fraktionsübergreifend den Waffenstillstand im Gazastreifen als Voraussetzung für die Freilassung der Geiseln genannt. Außerdem wurde dazu aufgerufen, dass das unermessliche Leid gestoppt werden muss und Israel in ihrem Recht der Selbstverteidigung unterstützt werden muss. Auf die Unterstellung von Friedrich Merz, dass die Bundesregierung Waffenlieferungen verweigere, hat Olaf Scholz geantwortet und weitere Waffenlieferungen an Israel angekündigt.

Doch auch die Lage in Deutschland spitzt sich zu. Das dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Aufgrund des Anstiegs antisemitischer Straftaten mussten jüdische Einrichtungen unter polizeilichen Schutz gestellt werden und Jüdinnen und Juden stellen sich die Frage, ob Deutschland noch ihr Land ist. Das darf nicht sein.

Gleichzeitig dürfen wir auch das Leid unschuldiger Zivilist\*innen im Gaza-Streifen nicht unter den Deckmantel des Schweigens hüllen. Dass die Hamas unschuldige Menschen als Schutzschild ihrer terroristischen Handlungen missbraucht zeigt einmal mehr, wie grausam die Terrorgruppe vorgeht und wie entschieden wir Israel im Kampf gegen diesen Terror unterstützen müssen.



**A**m Mittwoch stand in der AG Kommunalpolitik das Thema „Ausblick 2025: Vor welchen Herausforderungen stehen die Kommunen im Bundestagswahljahr 2025?“ auf der Tagesordnung. Nach kurzen Impulsvorträgen von Uwe Zimmermann, Stellvertretender Hauptgeschäftsführer beim Deutschen Städte- und Gemeindebund, Alexander Böhm, Büroleiter des Hauptgeschäftsführers beim Deutschen Städte- und Gemeindebund, Andree Pruin, Referent für Digitalisierung beim Deutschen Landkreistag, haben wir uns über die schwierige Lage der Kommunalfinanzen, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Migration und Integration und Schaffung des bezahlbaren Wohnraums ausgetauscht. Gerade aktuell kommen die Kommunen in schweres Fahrwasser. Nach zehn Jahren finanzieller Überschüsse der Kommunen in Deutschland, machten sie im letzten Jahr ein Defizit von 6,8 Mrd. Euro. Für 2024 wächst nach jüngsten Zahlen des statistischen Bundesamtes bereits im ersten Halbjahr das Defizit auf über 17,3 Mrd. Euro. Hier sind eindeutig auch die Länder gefordert, für eine bessere Kommunalfinanzierung zu sorgen.



In den meisten Ländern entspricht die Kommunalfinanzierung schon lang nicht mehr dem Umfang der Kommunalisierung. Anders ist nicht zu erklären, dass sich der Investitionsstau auf rund 188 Mrd. Euro angehäuft hat. Es reicht nicht, den Fingerzeig laufend nach Berlin zu richten.

Wer in Berlin immer wieder Steuersenkungen fordert, muss wissen, dass dies immer auch zu Lasten der kommunalen Einnahmen geht. Der Bund hält trotz schwieriger Rahmenbedingungen an seinem Angebot fest, einen Altschuldenschnitt zugunsten der hoch verschuldeten Kommunen vorzunehmen. Unumgänglich ist für diese Unterstützung allerdings die Änderung des Grundgesetzes, weil dem Bund direkte Finanzbeziehungen zu den Kommunen verfassungsrechtlich untersagt sind. Leider fordert die Opposition von der Regierung mehr Hilfen, ist aber zu der dafür notwendigen Grundgesetzänderung nicht bereit. Des Weiteren wurde klar, dass Themen wie ÖPNV, Migration und Integration, bezahlbarer Wohnraum und kommunale Demokratie die Themen der Zeit sind, welche in unseren Städte immer mehr Bedeutung haben.

Im Hinblick auf den ÖPNV sind Bedenken um das Deutschlandticket im Jahr 2026 groß, doch hier laufen schon die Bemühungen um das revolutionäre Deutschlandticket aufrecht zu erhalten. Alexander Böhm hat bestätigt, dass die Städte bereit sind, alle Veränderungen anzugehen. Deshalb wollen wir die Anregungen nutzen und in unserer Arbeit weitertragen. Wichtig bleibt es, sich weiter auszutauschen und die Zusammenarbeit zu stärken, damit der Alltag weiterlaufen kann.

# Wir wollen schneller und günstiger bauen

**B**auen ist nicht nur teuer, sondern auch sehr langwierig. Wer ein Haus baut, muss in Deutschland viele Vorschriften beachten. Zu viele, das Bauen dauert länger und wird teuer. Um den Neubau anzukurbeln, wollen wir an die Baustandards ran. Die BauGB-Novelle hat das Ziel, die Errichtung neuer Wohnungen durch weniger Bürokratie und mehr Flexibilität bei der Planung zu beschleunigen.

➔ Gebäudeerweiterungen wie Aufstockungen werden einfacher möglich, ohne dass bestehende Bebauungspläne dafür geändert werden müssen

➔ Nachverdichtungen werden erleichtert. Der so geschaffene Wohnraum hat den großen Kostenvorteil, dass dafür kein teures Bauland angekauft werden muss

➔ Das Bau-Turbo-Paragraph 246e sieht vor, dass in angespannten Wohnungsmärkten wie in Berlin – befristet bis 2027 – den Wohnungsbau zu vereinfachen. Mit dieser Regelung können viele Regeln und Planungsbauforderungen des BauGB von den Gemeinden eingeschränkt oder sogar ausgesetzt werden. Entschieden wird vor Ort.

➔ Die Verfahrensdauer wird gekürzt und der bürokratische Aufwand wird abgebaut: Bebauungspläne müssen innerhalb von 12 Monaten nach Ende der Beteiligungsverfahren veröffentlicht werden und der Umfang des Umweltberichts wird reduziert.

➔ Mit dem Gebäudetyp E können die Bauherren auf Standards, die nicht unbedingt rechtlich notwendig sind, verzichten – ohne, dass die Qualität oder Sicherheit beeinträchtigt werden. In Neubauten haben Stahlbetondecken 18 Zentimeter.



Das kann um vier Zentimeter reduziert werden. Auch dann wird der Mindest-Schallschutz noch erreicht. Die Wohnungen können auch mit weniger Steckdosen auskommen. Dass von den Regeln abgewichen wird, kann zwischen Planern, Unternehmen und Bauherren vereinbart werden.

Von der Novelle profitieren sowohl kommunale Planungs- und Genehmigungsbehörden, bauwillige Private und Investoren und Bürger:innen. Zudem sorgen wir dafür, dass beim modernen Bauen die Anpassung an die Folgen des Klimawandels noch stärker mitgedacht wird. Damit stärken wir die Resilienz unserer Städte und Gemeinden. Die Reform unterstützt Kommunen bei der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels, um besser auf steigende Hitzebelastung sowie Hochwasser- und Starkregenereignisse reagieren zu können.

## Zum CDU/CSU-Kongress „Ländliche Räume als Grundpfeiler gleichwertiger Lebensverhältnisse“

**F**riedrich Merz und seine Fraktion blockieren als Opposition jeden konstruktiven Ansatz zur Unterstützung der Kommunen und ländlichen Räume in unserem Land. Jetzt wollen sie sich mit einem Kongress zu genau dem Thema profilieren. Ein scheinheiliges und durchschaubares Manöver.

Die SPD ist die Anwältin der Kommunen. Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass die ländlichen Räume gestärkt werden – und das nicht nur in Worten, sondern durch Taten! Mehr als die Hälfte der Städtebauförderung geht in ländliche Kommunen, die Förderprogramme kommen dem ländlichen Raum zugute und erleichtern vom Deutschlandticket bis zum Bürgerbus die Mobilität im ländlichen Raum. Auch bei der Unterbringung von Geflüchteten nehmen wir die Sorgen des ländlichen Raums ernst.

Doch die dringend benötigte Entschuldung und weitere Unterstützung für die Kommunen werden von den Ländern und der Opposition blockiert. Das ist besonders bedenklich aufgrund steigender kommunaler Haushaltsdefizite. Gerade aktuell kommen die Kommunen in schweres Fahrwasser. Nach zehn Jahren finanzieller Überschüsse der Kommunen in Deutschland, machten sie im letzten Jahr ein Defizit von 6,8 Mrd. Euro. Für 2024 wächst nach jüngsten Zahlen des statistischen Bundesamtes bereits im ersten Halbjahr das Defizit auf über 17,3 Mrd. Euro. Die heute stattfindende Konferenz der Unionsfraktion zu diesem Thema? Ein durchschaubarer Versuch, sich selbst in Szene zu setzen. Gleichzeitig rückt die Union näher an die AfD – und das schwächt den Einsatz für Demokratie und Zusammenhalt vor Ort.



Hier geht es zum dazugehörigen Beitrag auf [Facebook](#) und [Instagram](#).

## ➔ Die Krankenhausreform kommt

Ich habe auch bei mir im Wahlkreis in den letzten Wochen und Monaten viele Gespräche mit Vertreter\*innen der Krankenhausfamilie zu dem Thema geführt. Und ich bin überzeugt: Die Reform ist der richtige Schritt und eine gute Sache!

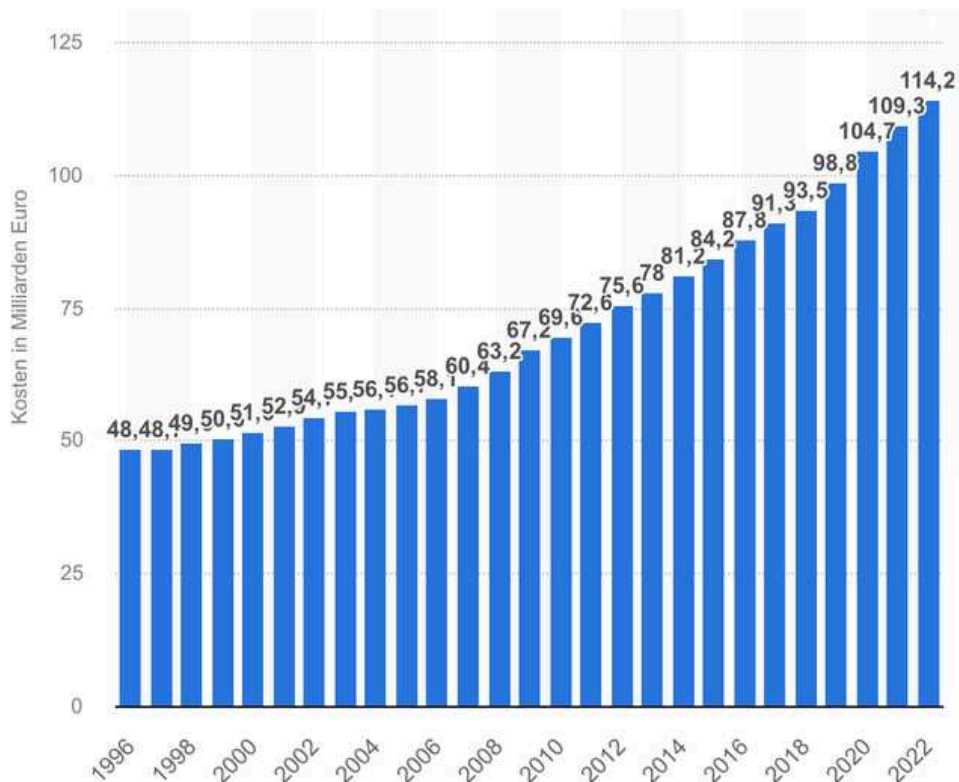
Das bedeutet: Die Krankenhäuser steigen endlich aus dem „Hamsterrad“ der sogenannten Fallpauschalen aus.

Damit wird der seit langem kritisierte Effekt durchbrochen, möglichst viele Patient:innen zu behandeln, weil man damit mehr Einnahmen generiert. Stattdessen erhalten Kliniken Vorhaltepauschalen für die Leistungen, die sie anbieten.

Dadurch wird die Qualität der Behandlungen verbessert, denn Krankenhäuser bieten nur das an, was sie am besten können - und Patient:innen können sich darauf verlassen, dass ihre



Behandlung wirklich nötig ist und gut gemacht wird. Damit kleinere Krankenhäuser in ländlichen und strukturschwachen Regionen erhalten werden, erhöhen wir Zuschläge für diese Häuser und zahlen für bestimmte Fachabteilungen - beispielsweise Kinderstationen - zusätzliche Gelder. Einmal mehr zeigt sich, dass die Ampel aller öffentlicher Kritik zum Trotz handlungsfähig ist und auch große Reformen entscheiden und umsetzen kann.



Diese Grafik der Datenbank Statista zeigt die bereinigten Gesamtkosten deutscher Krankenhäuser in den letzten 26 Jahren. Anhand der Kostenentwicklung wird deutlich, dass wir jetzt politisch gegensteuern müssen.





Meine Kollegin Heike Heubach hat eine tolle Rede gehalten. Damit schreibt sie Geschichte: Das war die erste Plenarrede einer gehörlosen Abgeordneten im Bundestag!

Für insgesamt vier Wochen begleitet mich unsere neue Praktikantin Sophie Pasternak aus Sendenhorst in Berlin. Schön, dass du da bist, liebe Sophie! ➡



Mit dem Vorstandsvorsitzenden der Vonovia Rolf Buch habe ich mich über die Planungen zur Bundestagswahl in Sachen Wohnungspolitik ausgetauscht.



## ➡ Bundeskonferenz der kommunalen Entwicklungspolitik mit Svenja Schulze

Aus dem Anlass der Bundeskonferenz der kommunalen Entwicklungspolitik mit Ministerin Svenja Schulze vom 8.-10. Oktober in Ingelheim: Beim Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele der UN nehmen unsere Städte und Gemeinden einen besonderen Stellenwert ein. Denn die Frage, wie gut wir leben, hängt entscheidend von der kommunalen Daseinsvorsorge ab. Deswegen ist es immens wichtig, in Zeiten der multiplen Krisen kommunale Partnerschaften auszubauen. Hierzu wird diese Woche ein Antrag der Ampelfraktionen zur Stärkung des entwicklungspoliti-

## Was sonst noch wichtig war...

schen Engagements auf kommunaler Ebene im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beraten. So setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für eine starke kommunale Entwicklungspolitik ein.





# Aus dem Wahlkreis: Forderungen nach mehr Schutz und Hilfe für Frauen in Gewaltsituationen

“Wir müssen Frauen und Kindern in Notsituationen Unterstützung anbieten, haben aber selbst keine Sicherheit“. Dieser Satz spiegelte die ernste Lage wider, in der sich viele Einrichtungen zum Schutz von Frauen befinden. In einem intensiven Gespräch haben die Kreistagsabgeordnete Sophia Maschelski-Werning und ich uns mit Vertreterinnen der Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser des Kreises Warendorf über die drängenden politischen Herausforderungen ausgetauscht.

Die Ampel hat sich klar dazu verpflichtet, Gewalt gegen Frauen aktiv zu bekämpfen und den Opferschutz auszubauen. So wurde beispielsweise der Runde Tisch gegen Gewalt an Frauen eingerichtet, um die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu verbessern und ein koordiniertes Vorgehen zu ermöglichen. Ein zentrales Ziel ist dabei der Ausbau von Frauenhäusern und die finanzielle Absicherung der Einrichtungen. Ab 2022 wurden 30 Mio. Euro jährlich zur Verfügung gestellt, um den Platzmangel in Frauenhäusern zu beheben und die Barrierefreiheit zu gewährleisten.

Zudem stellen wir den Ländern über 21 Mrd. Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung – auch mit diesen Mitteln lassen sich Frauenhäuser unterstützen. Es liegt an den Ländern, die Gelder dafür einzusetzen. Erhebliche Fördermittel des Bundes sind derzeit in den Neubau des Frauenhauses Telgte geflossen, der sich nach Angaben der Vertreterinnen aktuell auf dem Weg zu Zielgeraden befindet. Ein weiterer Meilenstein ist die Umsetzung der Istanbul-Konvention, die umfassende Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt vorschreibt

Die Bundesregierung unterstreicht damit ihre Verpflichtung, den Schutz für Frauen und Kinder in Notlagen zu verbessern. Hierzu gehört auch der geplante Rechtsanspruch auf Beratung und Unterbringung, der durch das neue Gewalthilfegesetz umgesetzt werden soll.



v.l.: Bernhard Daldrup, Lisa Westerwalbesloh (Frauenhaus Warendorf), Gabriele van Stephaudt und Marina Völlmecke (Frauenberatungsstelle Beckum), Claudia Leiking (Frauenberatungsstelle Warendorf), Katja Hermesen (Frauenhaus Telgte), Kathrin Menke (Frauenhaus Warendorf), Jo Brömmel (Frauenhaus Telgte) und Sophia Maschelski-Werning (SPD-Kreistagsfraktion).

## ➔ Länder müssen ihrer Verantwortung gerecht werden

Genau dafür fehlen jedoch im aktuellen Haushaltsplan die entsprechenden Finanzmittel, was den Anlass für das Gespräch darstellte. Die Einrichtungen fordern daher eine gesicherte Finanzierung und die Stärkung präventiver Maßnahmen, um die Zukunft dieser wichtigen Hilfsstrukturen zu sichern. Diese wichtigen Anliegen will ich gerne in Berlin weiter voranzutreiben. Allerdings müssen auch die Länder ihre Verantwortung im Bereich des Gewaltschutzes und des Ausbaus der Frauenberatungen wahrnehmen. Als Mitglied des Kreistags betonte Sophia Maschelski-Werning derzeit die Bereitschaft der SPD-Fraktion, auf lokaler Ebene weiter eine gute Zusammenarbeit mit den Frauenunterstützungseinrichtungen voranzutreiben.

## Budapest: Interparlamentarische Wirtschaftskonferenz

Die „Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union“ tagte am 3. und 4. Oktober 2024 im ungarischen Parlament in Budapest.

Ungarn hat gerade die europäische Präsidentschaft inne; durchaus eine Herausforderung für viele andere EU Staaten. Als Mitglied der Deutschen Delegation habe ich gemeinsam mit Christian Petry und Bettina Hagedorn auf dem SPD Seite zur „Reform des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung“ Stellung genommen.

Es geht um die Frage, wie die Wettbewerbsfähigkeit in der europäischen Union zum Beispiel im Verhältnis zu China und in USA gestärkt werden kann. Die Debatte um Schuldentragfähigkeit bei gleichzeitigem, nachhaltigen Wachstum und der Bericht des ehemaligen EZB-Präsidenten Mario Draghi spielten auf der Konferenz eine große Rolle.



Dazu habe ich Stellung genommen, aber auch darauf hingewiesen, dass Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, wie wir es gerade in Deutschland erleben, nicht hilfreich ist, im Gegenteil. Schließlich, auch das gilt es zu betonen, sind europäische Hilfen gerade in den Ländern und Grenzregionen zu Russland von großer Bedeutung.



Natürlich geht es auch um die Frage der Schuldentragfähigkeit und Investitionen in der EU; für Deutschland letztlich um die Frage der Schuldenbremse, die meines Erachtens auch gelockert werden muss.

Eine tragfähige, wirtschaftspolitische Steuerung braucht ein festes, demokratisches und rechtsstaatliches Fundament. Das muss gerade in Ungarn betont werden, wo immer wieder die Frage der Rechtstaatlichkeit aufgeworfen wird und die Orbanregierung unter Korruptionsverdacht steht. Wirtschaftliche Stabilität ist nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine politische, soziale und ökologische Herausforderung.

